

## **Presseinformation**

**Im Landtag von  
Baden-Württemberg**

**Die Grünen** Bündnis<sup>90</sup>

Konrad-Adenauer-Str. 12  
70173 Stuttgart  
Tel: 0711-2063-679/687/683  
Fax: 0711-2063-660  
schmitt@gruene.landtag-bw.de  
<http://www.bawue.gruene-fraktion.de>

Stuttgart, den 16.10.2008

### **Rede des Abg. Winfried Kretschmann**

**Öffentliche Sitzung des Finanzausschusses des Landtags von Baden-  
Württemberg**

**zur Finanzmarktkrise am 16. Oktober 2008**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen,

die Finanzmärkte sind aus dem Ruder und auf Grund gelaufen. Diese Havarie ist kein Zufall, sie ist die unvermeidliche Folge von Zügellosigkeit und Gier, eines Verhalten, das seine eigentliche Aufgabe - die reale Wirtschaft mit Mitteln für Investition und Innovation zu versorgen - längst vergessen hatte. Geforderte Renditen von 25 % sind bei einem realen Wachstum von ein bis zwei Prozent unreal - das konnte nicht gut gehen.

Der Vertrauensverlust nach dem Crash erschüttert die Weltwirtschaft und damit auch die Realwirtschaft, gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand von Millionen - und dies ganz besonders in einem exportabhängigen Land wie Baden-Württemberg.

Teile der Politik haben national und international zu lange zugeschaut, zu lange haben die marktradikalen Zweckoptimisten zuviel Einfluss auf die Politik gehabt, zu lange haben die Verantwortlichen gerne geglaubt, der Markt würde alles schon alleine richten. Nur: Die Schuldigen zu benennen nützt alleine nichts - es geht jetzt um schnelle Hilfe für einen Patienten auf der Intensivstation.

Das ist das eine. Und darum halten wir die jetzt von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen dem Grunde nach - ich betone dem Grunde nach Grund nach - für richtig.

Über das Wie, über die Ausgestaltung und über die Mitsprache ist jetzt zu reden. Dass es schnell gehen muss, ist kein Grund dies nicht zu tun, sondern eine Herausforderung an den Parlamentarismus sich auf den neuen Ereignistakt einzustellen.

Dann wenn der Patient wieder aus der Intensivstation raus ist müssen wir sehr ernsthaft über neue Regeln reden, über einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte - das ist der längerfristige Teil.

Es ist doch jetzt klar geworden, dass globale Märkte in denen sich innerhalb von Stunden und Minuten krisenhafte Entwicklungen zuspitzen können, nicht weniger sondern mehr Rahmenbedingungen brauchen als die alte nationale Kreditwirtschaft, die sich vergleichsweise im Postkutschentempo bewegt,

Ich nenne hier nur einige Stichworte, wo ich dringenden, weitergehenden Regelungsbedarf sehe

- es gilt Base II international durchzusetzen, jedes Geschäft muss durch haftendes Kapital unterlegt sein
- Rating-Agenturen, hier geht es um mehr Transparenz, mehr Nachvollziehbarkeit, möglicherweise um mehrere unabhängige Ratings für große Transaktionen
- Zweckgesellschaften, hier gilt das Prinzip: Alles in die Bilanz. Hätten wir Basel II gehabt, wären die irischen Abenteuer wahrscheinlich rasch aufgefliegen
- Leerverkäufe muss man verbieten, wenn keine konkrete Risikovorsorge dokumentiert wird

- Kettenverbriefungen führen zu völlig undurchsichtigen Finanzprodukten und dazu dass Verantwortlichkeiten verschwimmen- das muss beendet werden

aber auch bei den Themen

- Managervergütungen und
- Verbraucheraufklärung
- Aufsichtsratskultur

besteht grundlegender Handlungsbedarf.

beim Letzteren geht es darum dass wir wieder eine Kultur kritischen Verantwortung, des Hinguckens statt des Wegguckens bekommen.

Managervergütungen müssen sich mehr am nachhaltigen Unternehmenserfolg und nicht an kurzfristigen Spekulationsgewinnen orientieren, vor allem geht es nicht, dass für Boni für Gewinne ausgezahlt werden, im Verlustfall dagegen die Verantwortlichen nicht herangezogen werden.

Und ich sehe, dass bei diesen Themen auch bei internationalen Partner die Einsicht und die Bereitschaft zu handeln in den letzten Wochen und Tagen jetzt sichtbar geworden ist, auch in den USA.

Lassen Sie mich jetzt einiges sagen zum kurzfristigen Teil, zum aktuellen Paket der Bundesregierung und insbesondere zur Beteiligung Baden-Württembergs

Ich bin überzeugt:

Zur Bewältigung der Turbulenzen am Finanzmarkt braucht es eine konzertierte Aktion von Bund und Ländern im Rahmen einer internationalen Abstimmung. Es braucht ein starkes Signal, damit sich die Märkte wieder beruhigen und die Finanzwirtschaft ihre Aufgabe, nämlich Finanzierung der Realwirtschaft, wieder nachhaltig übernehmen kann.

Dabei geht es uns weniger darum, Großbanken und Aktionäre zu schützen, sondern mehr darum die Bürgerinnen und Bürger, unser Handwerk und unsere mittelständische Wirtschaft vor Schaden zu bewahren,

es geht darum, die künftige Finanzierung von Investitionen der Realwirtschaft und die Arbeitsplätze zu sichern,

darum ist dieses Maßnahmenpaket, so meine ich, dem Grund und der Höhe nach, auch was den Anteil der Länder betrifft vor den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes vertretbar!

Das bedeutet aber nicht die Ausstellung von Blankoschecks für Herrn Steinbrück - im Gegenteil. Wir halten die folgenden Bedingungen für eine Beteiligung des Landes im Rahmen des Maßnahmenpakets der Bundesregierung für unerlässlich:

- Eine Beteiligung der Länder muss auch zur Mitsprache der Länder bei der Ausgestaltung und Abwicklung der Maßnahmen führen. Einen Blankoscheck für das Bundesfinanzministerium kann es nicht geben
- Die öffentlich-rechtlichen Banken müssen ebenso wie die anderen Bankengruppen in den Kreis der Garantienehmer aufgenommen werden; dies ist bisher im Entwurf des BMF nicht der Fall. Es kann nicht sein, dass die Länder zahlen aber die Sparkassen und Landesbanken bleiben außen vor. Dafür gibt es überhaupt keinen Grund.
- Staatsgarantien (Bürgschaften) müssen strikt auf neue Geschäfte beschränkt bleiben. Die Absicherung von alten Positionen - etwa aus dem Subprime Bereich - muss auf jeden Fall ausgeschlossen bleiben.
- Eine Eigenkapitalhilfe durch den Staat kann nur gewährt werden, wenn volles Mitbestimmungsrecht durch die begünstigten Kreditinstitute zugesagt wird. Vor Beteiligung ist Transparenz durch eine wirtschaftsprüferische Expertise einzufordern. Für die Beteiligungen sind Dividenden im üblichen Umfang zu bezahlen. Die Beteiligung kann nur temporär sein, also befristet bis zur Erholung des Institutes.
- Der Staat verbürgt nur Kredite im Interbankengeschäft um dem Finanzmarkt die Liquidität zu erhalten. Es geht dabei um Hilfe zur Selbsthilfe und nicht um eine dauerhafte Maßnahme. Um nicht wettbewerbsverzerrend zu wirken und auch um einen Ausgleich für die Haushalte zu schaffen, ist eine marktgerechte Risikoprämie zu verlangen.
- Die bereits geltenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sind streng anzuwenden. Die Risikomessungen der begünstigten Kreditinstitute sind in kurzen Zeitabständen – bei gravierenden Ausschlägen umgehend – der Finanzmarktaufsicht zur Kontrolle vorzulegen. Vorstände und Aufsichtsräte haften persönlich bei relevanten Verstößen.

Der nun eingetretene immense Vertrauensverlust und eine möglicherweise hohe Belastung der öffentlichen Haushalte hätten vermeiden werden können, wenn die Bankenaufsicht ihre Instrumente zeitnah und konsequent eingesetzt hätte.

- Die Altersvorsorgerückstellungen / die entsprechende Pensionsfonds von Vorständen und leitenden Mitarbeitern sind für die Zeit der Beteiligung bzw. Bürgschaft an den Fond / die Bundesbank zu verpfänden. Ebenso gilt dies für vertraglich zugesicherte Tantiemen und Sonderzahlungen an Vorstandsmitglieder, der betroffenen Institute.

Sowie das Maßnahmenpaket installiert ist, sind nationale und internationale Regelungen zur Finanzmarktaufsicht den Erfordernissen anzupassen - ich habe dazu einige Punkte genannt.

Meine Damen und Herren, wir stehen in dieser Situation zu einer föderalen Lösung und zur föderalen Solidarität.

Wenn wir als Land mitfinanzieren, so müssen wir aber auch mitreden können

und es müssen die grundlegenden finanzwirtschaftlichen Kriterien erfüllt sein, die ich genannt habe.